

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Gesundheitspolitik

Nr. 130/14 vom 06. März 2014

Katja Rathje-Hoffmann: So wie in Oldenburg darf es mit der Geburtshilfe auf gar keinen Fall laufen

Angesichts der Debatte über die Existenzgefährdung für kleine Geburtshilfestationen im Land hat die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Katja Rathje-Hoffmann, vor einer Verlagerung der Geburtshilfe ausschließlich an große Kliniken gewarnt. Die heutige beiläufige Bekanntgabe der Verlagerung der Geburtshilfe von Oldenburg nach Eutin für August 2014 nannte sie darüber hinaus als Beispiel dafür, wie es nicht laufen sollte:

„Die Zahl der Geburten darf nicht zum alleinigen Kriterium für den Erhalt einer Geburtshilfe werden. Jede Frau muss in einer vertretbaren Entfernung ihr Kind zur Welt bringen können“, forderte Rathje-Hoffmann heute (06. März 2014) in Kiel.

Die durch die Ministerin heute beiläufig im Ausschuss vorgenommene Bekanntgabe der Verlagerung der Geburtshilfe von Oldenburg nach Eutin kritisierte Rathje-Hoffmann scharf.

"So geht es nicht. Die Ministerin hat am Parlament vorbei entschieden und setzt nun den Ausschuss einfach nachträglich in Kenntnis. Sie hätte selbstverständlich zunächst einmal über Probleme informieren müssen. Vielleicht hätte über das Parlament noch eine Lösung gefunden werden können", so die CDU-Abgeordnete.

Das Problem der steigenden Haftpflichtversicherung für Hebammen müsse dringend gelöst werden. Auf Bundesebene sei die CDU bereits aktiv.

„Wir werden in der kommenden Woche die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, Ingrid Fischbach, noch einmal auf diese Problematik hinweisen“, so Rathje-Hoffmann.

Angesichts des mittlerweile immer größer werdenden öffentlichen Problembewusstseins sei sie zuversichtlich, dass eine Lösung für die Probleme der Hebammen und der Geburtshilfe gefunden werden könne.